



Magdeburg, den 25.10.2022
00-00-10 he

**„Herausforderungen und Chancen für eine flexible
und zukunftsfähige Raumordnung in Sachsen-Anhalt“**

N i e d e r s c h r i f t

**über die 16. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt
am Montag, dem 17. Oktober 2022, 13:00 Uhr, in der Stadthalle Zerbst,
Katharina-Saal, Schloßfreiheit 12, 39261 Zerbst/Anhalt**

Beginn: 13:05 Uhr

Ende: 14:47 Uhr

Anwesend sind:

- a) 69 Repräsentanten der Mitgliedsstädte, -gemeinden und Verbandsgemeinden
- b) 1 außerordentliches Mitglied (Zweckverband)
- c) 33 Gäste
- d) 2 Vertreter der Medien

Anmerkung:

Die Anwesenheitslisten sind Bestandteil der Original-Sitzungsniederschrift

Versammlungsleitung:

Herr Präsident Andreas Dittmann, Bürgermeister der Stadt Zerbst/Anhalt

Protokollführung:

Frau Silvia Herzog, Landesgeschäftsstelle

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
Denis Loeffke, Erster Vizepräsident
2. Vorstellung der neugewählten Präsidentin/des neugewählten Präsidenten
Denis Loeffke, Erster Vizepräsident
3. Grußwort
Andreas Dittmann, Bürgermeister der Stadt Zerbst/Anhalt
4. Impulsreferat zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen-Anhalt
Dr. Lydia Hüskens, Ministerin, Ministerium für Infrastruktur und Digitales
5. Erwartungen des SGSA an den neuen Landesentwicklungsplan
Bernward Küper, Landesgeschäftsführer des SGSA
6. Diskussions- und Fragerunde
7. Fazit und Schlusswort
Präsidentin/Präsident des SGSA

Zu TOP 1 - Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit *Denis Loeffke, Erster Vizepräsident*

Herr Erster Vizepräsident Loeffke eröffnet die 16. Mitgliederversammlung.

Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, da zur Versammlung mit Schreiben vom 31.08.2022 gemäß § 13 Abs. 1 der Verbandssatzung fristgerecht und damit ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Herr Erster Vizepräsident Loeffke heißt die Verbandsmitglieder und Gäste willkommen. Besonders begrüßt er Frau Keding, Vizepräsidentin des Landtages sowie Frau Ministerin Dr. Hüskens, Ministerium für Infrastruktur und Digitales, die über die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes des Landes Sachsen-Anhalt referieren werde. Herr Loeffke heißt Herrn Staatssekretär Eckold, Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz, und Frau Abteilungsleiterin Dr. Preuß, Landesverwaltungsamt, willkommen. Er begrüßt Herrn Vorstandsvorsitzenden Dr. Swieter und Herrn Abteilungsdirektor Meyer von den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt und dankt ihnen für die Unterstützung dieser Mitgliederversammlung. Herr Loeffke freut sich über die Anwesenheit von Herrn Landrat Ulrich, der in seiner Funktion als Präsident des Landkreistages Sachsen-Anhalt an der Veranstaltung teilnimmt.

Herr Erster Vizepräsident Loeffke erinnert daran, dass er am 01.07.2022 die Präsidenschaft übernommen habe, nachdem der bisherige Präsident, Herr Dr. Trümper, in den Ruhestand getreten ist. In Abstimmung mit der Vizepräsidentin, Bürgermeisterin Schumacher, dem Vizepräsidenten, Bürgermeister Dittmann, sowie Landesgeschäftsführer Küper und dem Team der Landesgeschäftsstelle, habe er die vielfältigen Aufgaben als amtierender Präsident wahrgenommen. Sehr intensiv seien die Besprechungen um das Ringen zur Vermeidung einer Gas-mangellage sowie eines Gaspreisdeckels gewesen. An dem Energiegipfel beim Ministerpräsidenten am 16.08.2022 habe er teilgenommen. Ebenfalls anwesend seien Vertreter der Kammern und Unternehmen gewesen, die eindringlich ihre Lage geschildert und um Hilfe gebeten hätten. Die Antworten der zugeschalteten Bundesnetzagentur sowie des Bundeswirtschaftsministeriums hätten jedoch den Eindruck vermittelt, dass nicht mit dem nötigen Willen und dem nötigen Können agiert werde, wie es für eine Krise dieses Ausmaßes erforderlich wäre. Daher sei wichtig, dass die Kommunalen jeden Tag sagen, was Sache sei. Denn, sie seien an der Basis und täglich Ansprechpartner für die Sorgen und Nöte der Bürger, sie müssten zum Beispiel über die Abschaltung von Straßenlaternen entscheiden und vor Ort mit den Folgen leben. Letztendlich hätten die vielen Gespräche dazu geführt, dass der Bundeskanzler die Einführung einer Gaspreisbremse verkündet habe. Wie genau dieser aussehen werde, bleibe abzuwarten. Auf Landesebene hätten das Ministerium für Inneres und Sport sowie das Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände aufgenommen. So habe die Investitionsbank einen kleinen Schutzschirm aufgespannt. Abschließend stellt er fest, dass es Aufgabe des neuen Präsidenten sein werde, nicht nachzulassen, die Beachtung der Interessen der Kommunen einzufordern. Dazu wünscht er ihm ganz viel Kraft, Einigungsvermögen und Erfolg.

Zu TOP 2 - Vorstellung der neugewählten Präsidentin/des neugewählten Präsidenten

Denis Loeffke, Erster Vizepräsident

Herr Erster Vizepräsident Loeffke berichtet, dass die 65. Kreisvorstandskonferenz, die heute vor der 16. Mitgliederversammlung getagt hat, als neuen Präsidenten des SGSA Herrn Andreas Dittmann, Bürgermeister der Stadt Zerbst/Anhalt, einstimmig gewählt habe. Herr Dittmann habe die Wahl angenommen.

Zu TOP 3 - Grußwort

Andreas Dittmann, Bürgermeister der Stadt Zerbst/Anhalt

Herr Präsident Bürgermeister Dittmann wendet sich mit folgendem Grußwort an die Mitgliederversammlung:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitglieder und Gäste des Städte- und Gemeindebundes,

ich habe die Ehre, Sie heute in doppelter Funktion begrüßen zu können. Zum einen als gastgebender Bürgermeister der Stadt Zerbst/Anhalt und zum anderen als neuer Präsident unseres Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalts.

Es ist nicht so, dass mich das Amt des Bürgermeisters nicht hinreichend fordern oder ausfüllen würde. Die Stadt Zerbst/Anhalt ist zum einen das, was nahezu für alle Gemeinden unseres

Landes zutrifft, nämlich ländlicher Raum. Der hat es aber in sich. Mit ihren 23 Ortschaften mit 56 Ortsteilen und 22.000 Einwohnern gehört Zerbst/Anhalt mit einer Fläche von 467km² zu den großen Flächengemeinden unseres Landes und erstreckt sich von der Nachbarschaft zu Dessau-Roßlau im Süden bis an die brandenburgische Landesgrenze im Norden. Landschaftlich geprägt vom Fläming und dem Unesco-Biosphärenreservat Mittlere Elbe, kulturell gut ausgestattet und auf eine Geschichte zurückblickend, die mindestens bis in das Jahr 948 zurückreicht. Wir sind in besonderer Weise geprägt von Krieg und Frieden. Die Spuren der Bombardierung unserer Stadt am 16. April 1945 sind noch immer sichtbar. Gleichwohl wurde in Folge der Wende und der Zeit der Entspannung und damaligen Hoffnung auf ein großes gemeinsames Haus Europa aus einem der größten sowjetischen Militärflughäfen heute ein moderner regenerativer Energiepark, dessen Erweiterung zum Rückgrat unserer künftigen Energieversorgung werden soll.

Warum nun auch noch das Ehrenamt an der Spitze unseres Präsidiums? Es sind die Erfahrungen, die ich in meinen bisherigen zehn Bürgermeisterjahren und fast zwanzig Jahren als Kulturamtsleiter machen durfte bzw. musste, um für das Amt des Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes unseres Landes zu kandidieren.

Allen Wahlprogrammen der Parteien zum Trotz, nehmen unsere Städte und Gemeinden noch immer nicht den Stellenwert in der politischen Realität auf Landes- und Bundesebene ein. „Ohne Städte ist kein Staat zu machen“, ist in der kommunalen Familie ein geflügeltes Wort. Es schließt die Gemeinden ohne Stadt-Status ausdrücklich ein. Es gibt keinen Lebensbereich, keine Aufgabe, kein Staatsziel, dass nicht letztendlich von den Gemeinden vor Ort mit Leben erfüllt und umgesetzt werden muss und auch umgesetzt wird.

Die sogenannte Flüchtlingskrise 2015, die längst keine Krise mehr ist, weil es zur Daueraufgabe wurde, die Corona-Pandemie und jetzt die Energie- und zunehmende Wirtschaftskrise als Folgen des russischen Ukrainekrieges sind jede für sich genommen schon Extremszenarien, die uns alle herausfordern.

Es sind nur leider inzwischen Parallelereignisse. Ereignisse und Entwicklungen, die es eigentlich notwendig machen, dass wir alle, Bund, Länder und Gemeinden, alle an einem Strang ziehen und das bitte in die gleiche Richtung. Doch die Realität ist eine andere. Appelle und Warnungen der kommunalen Spitzenverbände mit Blick auf die Energiepreisentwicklung und deren Folge für die Bürgerinnen und Bürger und unsere Wirtschaft wurden entweder in höföopathischen Dosen und zu spät aufgegriffen.

Während Versorgungsengpässe und zunehmend Blackout-Szenarien diskutiert werden, stehen wir einer Energiepolitik gegenüber, die an der Co²-Steuer festhält, um Kostenanreize zum Energiesparen zu geben, während sich die Preise auch so mehr als verdoppeln und verdreifachen oder noch schlimmer.

Während kommunale Energieversorger sich dafür rüsten, so lange es irgend geht, Haushalte und Unternehmen verlässlich zu versorgen, sinniert man im Bundeswirtschaftsministerium darüber, dass die Gasnetze zurück gebaut werden müssen und statt dessen regenerativ erzeugte Elektroenergie das Heil bringen soll. Da kümmert es wenig, dass die dafür benötigten Anlagen noch nicht mal im Bau sind, geschweige denn lieferfähig wären.

Kommunen und kommunale Energieunternehmen sollen alles auf einmal stemmen: Gasnetz- und Anlagenrückbau mit massiven Sonderabschreibungen, also die Vernichtung von Kommunalvermögen, neuer Netzausbau und bitte auch Kreditgeber für Kundinnen und Kunden, die ihre Energierechnung nicht mehr zahlen können und die gleichzeitig zu exorbitanten Preisen die notwendige Energie neu einkaufen müssen.

Geht's noch schlimmer? Ja, die Einführung von Bürgergeld und die gleichzeitige Ausweitung von Wohngeldansprüchen werden im Eilverfahren beschlossen und vermutlich wird es sogar geschafft, diese Gesetze kurz vor Weihnachten zu veröffentlichen. Umgesetzt werden müssen sie aber ab 1. Januar mit Personal, dass dafür nicht ausreichend zur Verfügung steht und im Übrigen in den übrigen laufenden Krisen an die Leistungsgrenze gebracht wurde.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden, natürlich ist es richtig, soziale Notlagen zu verhindern und deshalb den Instrumentenkasten zu erweitern und anzupassen. Es steht nicht weniger als der soziale Frieden in unserem Land auf dem Spiel, aber doch bitte so, dass es auch funktioniert.

Auch hier hätten die kommunalen Spitzenverbände früher und auf Augenhöhe einbezogen werden müssen. Eine Verdreifachung der Wohngeldberechtigten ohne ausreichenden Zeitvorauslauf und ohne Verfahrensverkürzung wird zwangsläufig zu Frust und breitem Unmut bei den Bürgerinnen und Bürgern führen. Wenn politische Versprechen nicht umgesetzt werden können, stellt das die Glaubwürdigkeit unseres politischen Systems und uns insgesamt in Frage.

Die Demonstrationen in unseren Städten sind doch logisch. Wenn Menschen Angst davor haben, wie sie nicht nur durch den Winter, sondern durch das nächste Jahr kommen. Für viele ist es eben nicht die Frage, ob eine von drei Urlaubsreisen wegfällt, sondern es ist die Frage nach Teller oder Heizung.

Es ist ein Spiel mit dem Feuer, wenn dann die Sorge der Menschen und der Gemeinden und unsere Forderung auf Unterstützung als allgemeines Lebensrisiko abgetan werden. Allgemeines Lebensrisiko ist es, wenn im Sturm ein Baum auf die Straße fällt. Es ist aber kein allgemeines Lebensrisiko, wenn Russland die Ukraine überfällt und dann in der Eskalation von Sanktionen und Gegensanktionen zunächst die Energieversorgung und Energiepreisstruktur und in der Folge das Wirtschafts- und Sozialsystem der ganzen Bundesrepublik in Frage steht. Das sollte inzwischen auch im Innenressort unserer Landesregierung wahrgenommen werden.

Aus dem russischen Ukrainekrieg ist längst ein Wirtschaftskrieg in und mit Europa geworden. Darauf kann nicht lakonisch mit einem Verweis auf das allgemeine Lebensrisiko reagiert werden, dafür muss auf Kriegswirtschaft umgestellt werden.

Vor allem müssen wir es ehrlich beim Namen nennen, sonst übernehmen das Akteure, denen es dann gerade nicht um die Bewahrung der sozialen Marktwirtschaft und unserer demokratischen Grundprinzipien geht. Ob der angekündigte Doppelwumms der Bundesregierung schon das richtige Instrument ist, werden wir bald wissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, die Aufzählung ließe sich noch fortsetzen. Verwaltungsdigitalisierung, Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen, der Wiederaufbau von Zivilschutzstrukturen, die Herausforderungen des Klimawandels, Flüchtlingswellen als Folge von Kriegen und Klimawandel andernorts, Fachkräftemangel, die Sicherung des ÖPNV oder hier im weiten Land der Aufbau eines wirklich

wettbewerbsfähigen ÖPNV als Alternative zum Auto – es mangelt nicht an Herausforderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
all das ist unser Tagesgeschäft. Es sind Aufgaben, die wir nicht aus Wahlprogrammen und Koalitionsverträgen ableiten oder weil sie uns gesetzlich auferlegt werden, sondern das sind die Themen, die die Bürgerinnen und Bürger bewegen und mit denen sie berechtigt in unsere Rathäuser und Verwaltungen kommen. Themen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, weil sie Teil unserer ureigensten Aufgabe der Daseinsvorsorge sind.

Es sind aber leider auch Themen, bei denen nicht nur ich als Bürgermeister immer wieder an Grenzen stoße. Das ist im Grunde nicht ungewöhnlich. Wenn es aber Grenzen sind, die darin begründet sind, dass Bund, Länder und Gemeinden zwar scheinbar vom selben reden, aber was anderes meinen, wenn wir nicht als die Aufgaben- und Problemlöser wahrgenommen werden, sondern zu Bittstellern werden, wenn wir nicht ausreichend ernst genommen werden, wenn kommunale Aufgaben als Nice to have angesehen werden, etwas wie unsere Kulturlandschaft vom Dorfgemeinschaftshaus bis zum Dreispartentheater nicht als das anerkannt wird, was es ist, nämlich als ein wichtiger und notwendiger Baustein der Lebensqualität, wenn statt dessen im Finanzministerium Statistiken bemüht werden, die beweisen sollen, dass wir nur unser Personal abbauen bräuchten, für die wir viel zu wenig Aufgaben hätten, spätestens dann liebe Kolleginnen und Kollegen wird klar, wofür wir den Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt brauchen.

Er ist nicht nur der Raum unseres kollegialen Austauschs, er ist notwendiger Focussierer unserer Interessen, die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind gegenüber Land und Bund. Hier haben wir zum einen im Hauptamt unsere Landesgeschäftsstelle eine engagierte und kompetente Mannschaft. Wir haben mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen und auch der Hauptverwaltungsbeamten selbst, fachkundige Akteure in den Gremien unseres Verbandes, die sich dieser Arbeit neben ihren Amtspflichten zusätzlich stellen.

Das Ehrenamt, das nicht nur der Kitt unserer Gesellschaft, sondern seine Basis ist, gehört ganz selbstverständlich auch zu unseren Genen.

Unstreitig hinterlässt unser langjähriger Präsident Dr. Lutz Trümper markante Spuren, an die es sich zu messen gilt. Ganz so wie es unser Ehrenpräsident Willi Polte zusammenfasste: „das Flüstern des Magdeburger Oberbürgermeisters war oft lauter zu vernehmen als manch Getöse andernorts“. Das Amt unseres Verbandspräsidenten ist also in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung.

Nicht aus Leichtfertigkeit, sondern aus tiefer Überzeugung, dass die kommunale Selbstverwaltung ein hohes Gut ist, habe ich mich dennoch, oder besser gerade deshalb um das Amt des Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes unseres Bundeslandes beworben und ich bedanke mich von ganzem Herzen für das mir entgegengebrachte Vertrauen.

Ich bin mir der besonderen Verantwortung dieser Aufgabe bewusst. Auch ich stehe nun vor der gleichen Aufgabe wie meine Amtsvorgänger, den Sprung vom Bürgermeister meiner Stadt zum Vertreter und Sprecher aller Städte und Gemeinden unseres Landes zu schaffen. Es ist eine Aufgabe, vor der ich großen Respekt habe. Ich bin mir aber sicher, dass ich diese neue

Aufgabe mit Ihrer Unterstützung und mit der der engagierten Kolleginnen und Kollegen im Präsidium und dem engagierten Team in der Geschäftsstelle hinbekomme.

Insofern seien Sie alle noch einmal ganz herzlich begrüßt, hier im Katharina-Saal der Stadthalle Zerbst, der seinen Namen der russischen Zarin Katharina II. verdankt. Eine Persönlichkeit, die uns auch vor Augen führt, dass Europa nicht ohne Russland zu denken ist, aber eben auch nur mit einem Russland, dass die Grenzen souveräner Staaten anerkennt und respektiert. Oder um es mit Willy Brand zu sagen: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“

**Zu TOP 4 - Impulsreferat zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes
des Landes Sachsen-Anhalt**
Dr. Lydia Hüskens, Ministerin, Ministerium für Infrastruktur und Digitales

Herr Präsident Dittmann bittet Frau Ministerin Dr. Hüskens um ihr Referat.

Frau Ministerin Dr. Hüskens dankt für die Einladung zur heutigen Mitgliederversammlung. Sie stellt fest, dass es aktuell viele weitere interessante Themen gebe, die besprochen werden könnten, wie das 49-Euro-Ticket oder Geld für die kommunalen Straßen. Sie sei heute jedoch eingeladen worden, um über die Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes Sachsen-Anhalt zu sprechen. Dies sei ebenfalls ein sehr wichtiges Thema für die Kommunen.

Frau Dr. Hüskens erklärt, dass der Landesentwicklungsplan Sachsen-Anhalt gemäß Artikel 35a der Landesverfassung ein planerisches Instrument zur Förderung gleichwertiger Lebensbedingungen sei und der Koordinierung der Raumansprüche einzelner Fachplanungen wie Bau von Infrastruktur, Nutzung für Wohnen, Gewerbe, Abbau von Rohstoffen bzw. für Schutz von Natur und Landschaft diene.

Die Ministerin stellt fest, dass der derzeitige Landesentwicklungsplan 2010 seit dem 12.03.2011 in Kraft sei. Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Landes hätten sich seither grundlegend verändert und der Klimawandel, die Transformation der Energieversorgung sowie das Mobilitätsverhalten müssten im neuen LEP Beachtung finden. Eine Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes sei notwendig. Die Menschen würden gern nach Sachsen-Anhalt ziehen um hier zu leben, weil große Städte wie Leipzig, Berlin oder Wolfsburg nicht weit entfernt seien. Dies sei jedoch nicht möglich, weil die Bebauungspläne und die vorhandene Infrastruktur dies nicht hergeben würden. Insbesondere die Ansiedlung von Intel in Magdeburg erfordere eine Neuaufstellung des LEP. Die Landesregierung habe deshalb am 08.03.22 den Beschluss zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes gefasst. Das Ministerium für Infrastruktur und Digitales koordine die Erarbeitung der Inhalte mit den Ressorts. Im Laufe des 4. Quartals dieses Jahres solle ein Kabinettsbeschluss für das Grobkonzept des LEP erarbeitet sein. Der Freigabe des 1. Entwurfs mit anschließendem Anhörungs- und Beteiligungsverfahren folge ein 2. Entwurf mit einem 2. Anhörungs- und Beteiligungsverfahren, der abschließende Kabinettsbeschluss und die Einbringung des Gesetzentwurfes in den Landtag. Der neue Landesentwicklungsplan soll noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden.

Großen Wert - so Frau Ministerin Dr. Hüskens - werde auf die Vorschläge der Städte und Gemeinden zum neuen LEP gelegt. Ihnen werde im Beteiligungsverfahren genügend Zeit eingeräumt, um ihre sachgerechten Vorschläge einbringen zu können.

Als Schwerpunkte des neuen Landesentwicklungsplans nennt Frau Ministerin Dr. Hüskens das Zentrale Orte System, die Siedlungsentwicklung, die Entwicklung des ländlichen Raumes sowie die Sicherstellung der Energieversorgung.

In Sachsen-Anhalt gebe es mit 109 EW/km² eine sehr geringe Bevölkerungsdichte. Eine große Rolle spiele die demographische Entwicklung, die Auswirkungen auf die Versorgungssituation, das Mobilitätsverhalten und die Siedlungsentwicklung habe. Hier müsse eine Anpassung des Zentralen Orte Systems an die aktuellen Herausforderungen erfolgen. Über 90 % der Fläche des Landes sei ländlicher Raum. Die Städte Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau bildeten die Ausnahmen. Aufgabe des neuen LEP sei die Stärkung des ländlichen Raums durch eine Förderung der Standortattraktivität, den Erhalt der Versorgungsstrukturen sowie die Erarbeitung bedarfsgerechter Verkehrsinfrastrukturen und Mobilitätskonzepte. Insbesondere die Erreichbarkeit der Orte mit Pkw und über den ÖPNV müsse stärkere Beachtung finden.

Darüber hinaus sollten erneuerbare Energien über Biomasse, Photovoltaik, Windenergie erschlossen werden. Eine Herausforderung sei es, auch bei den im Land vorhandenen energieintensiven Industrien wie dem Maschinenbau, der Chemie-, Glas- und Kunststoffindustrie die Energiewende umzusetzen. Der neue LEP müsse dem Ausbau der erneuerbaren Energien deshalb mehr Bedeutung beimessen. Dies solle u.a. über die Sicherung der Windenergie an Land entsprechend dem „Wind-an-Land-Gesetz“ der Bundesregierung erfolgen. Das Flächenziel für Windenergieanlagen betrage demnach 2 % der Landesfläche. Sachsen-Anhalt liege aktuell bei 1,8 %. Die Voraussetzungen zur Installation von Photovoltaik-Anlagen sollten ebenfalls erleichtert werden. Fragen gebe es noch zu klären, wie mit den Braunkohleflächen umgegangen werden solle und wie eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft aufgebaut werden könne.

Abschließend betont Frau Ministerin Dr. Hüskens, dass die Mitarbeit der Städte und Gemeinden bei der Neuauftellung des Landesentwicklungsplanes sehr wichtig sei.

Herr Präsident Dittmann dankt Frau Ministerin Dr. Hüskens für das Referat und stellt fest, dass der ländliche Raum attraktiv sei. Die Lebensqualität im ländlichen Raum sei groß und die Menschen, die sich für das Leben im ländlichen Raum entschieden hätten, würden bewusst und gern dort wohnen.

Zu TOP 5 - Erwartungen des SGSA an den neuen Landesentwicklungsplan *Bernward Küper, Landesgeschäftsführer des SGSA*

Herr Landesgeschäftsführer Küper freut sich, dass Gäste der heutigen 16. Mitgliederversammlung auch die ehemaligen Landesgeschäftsführer des Verbandes Herr Dr. Bernd Kregel, und Herr Jürgen Leindecker sind, die er herzlich willkommen heißt.

Er begrüßt die Ausführungen von Frau Ministerin Dr. Hüskens, den Städten und Gemeinden in zwei Anhörungsrunden Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes zu geben.

Herr Küper informiert, dass es in Bayern große Kritik der Städte und Gemeinden am Landesentwicklungsplan gebe, der ohne Beteiligung der Kommunen beschlossen worden sei.

Mit Schreiben vom 03.06.2022 habe die Landesgeschäftsstelle dem Ministerium für Infrastruktur und Digitales eine Stellungnahme zur Neuaufstellung des LEP zugesandt.

Herr Küper skizziert die Schwerpunkte dieser Stellungnahme und macht deutlich, dass die Zielsetzungen der Landesentwicklung nicht nur auf den Bevölkerungsprognosen des Statistischen Landesamtes beruhen sollten, sondern die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Sachsen-Anhalt stärker in den Blick zu nehmen seien.

Als einen wichtigen Punkt fordert Herr Küper die Kriterien zur Bildung von Grundzentren neu zu fassen, so dass jede Einheits- oder Verbandsgemeinde, die kein Mittel- oder Oberzentrum sei, mindestens über einen zentralen Ort mit dem Status „Grundzentrum“ verfüge. In flächengroßen Einheits- oder Verbandsgemeinden sollten mehrere zentrale Orte möglich sein.

Der neue LEP - so Herr Küper - müsse auch eine nachhaltige Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen überall im Land ermöglichen. Die geplante Ansiedlung der Intel Corporation stelle die Kommunen im Raum Magdeburg vor große Herausforderungen, insbesondere was die kommunale Planungshoheit betreffe.

Als weiteren Schwerpunkt bei der Neuaufstellung des LEP stellt Herr Küper den Ausbau der Erneuerbaren Energien dar. Der ländliche Raum in Sachsen-Anhalt sei ein nachhaltiges Energiereservoir, in dem sich Windenergie, Wasserkraft, Bioenergie und Solarenergie effektiv produzieren ließen. In diesem Zusammenhang sei zu prüfen, ob die Steuerung der Errichtung großflächiger Photovoltaikfreiflächenanlagen durch die jeweilige Stadt oder Gemeinde im Rahmen der kommunalen Planungshoheit in den neuen LEP aufgenommen werden könne. Die kommunale Planungshoheit muss gewährleistet bleiben.

Herr Küper stellt fest, dass der neue Landesentwicklungsplan auch dem Klimaschutz Rechnung tragen müsse. Der Ausbau des vorhandenen Straßennetzes sei in den vergangenen Jahren zurückgeblieben. Um den Verkehr effizienter gestalten zu können, sei zu überlegen, Elbquerungen in den LEP aufzunehmen. Ebenfalls sei die Aufnahme des Lückenschlusses der A 7/A14 - Abfahrt Plötzkau in den LEP zu prüfen. Dies sei erforderlich, um den neuen wirtschaftlichen Verflechtungen des Landes gerecht zu werden.

Herr Küper freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Infrastruktur und Digitales bei der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes und dankt für die Aufmerksamkeit.

Herr Präsident Dittmann dankt Herrn Landesgeschäftsführer Küper für seinen Redebeitrag.

Zu TOP 6 - Diskussions- und Fragerunde

Herr Präsident Dittmann sagt, dass im Zuge der Ausweitung von Planungsangeboten von Freiflächen für Photovoltaikanlagen und von Windeignungsgebieten einige Gemeinden überlegen würden, diese Aufgabe an die Regionalen Planungsgemeinschaften oder an die Kreisebene abzugeben. Dies halte er für einen großen Fehler. Ein solches Planungsinstrument sollten die Kommunen nicht aus der Hand geben. Er bittet die Kommunen, dies nicht zu tun.

Der neue Landesentwicklungsplan solle - so Herr Dittmann - kein Streckennetz, sondern ein Fahrplan sein, aus dem sich konkrete Handlungsfelder und Terminpläne ableiten ließen, die sich in der Landespolitik niederschlagen würden. Ein Reizthema sei für ihn zum Beispiel der Ausbau von Radwegen entlang von Bundesstraßen. Hier gebe es Abstimmungsbedarf.

Herr Bürgermeister Schumann, Gemeinde Karsdorf, freut sich über die Aussage von Frau Ministerin Dr. Hüskens, dass von den 4.000 Einwohnern im Kernbereich bei Grundzentren abgegangen werden solle. Er berichtet von einer Studie des Bundesbauinstitutes, die sich mit der grundzentralen Einordnung in den einzelnen Bundesländern befasst habe. Ein Bundesland habe vorgeschlagen, dass jede Gemeinde ein Grundzentrum sei. Dies finde er jedoch nicht gut. Er schlage vor, bei den Einheits- oder Verbandsgemeinde das gesamte Gemeindegebiet als Grundzentrum auszuweisen. Dann könne konkret gesagt werden, wo sich in der Einheits- oder Verbandsgemeinde die Grundschulstandorte, Einkaufsmöglichkeiten oder kulturellen Stätten befänden.

Frau Verbandsgemeindebürgermeisterin Pesselt, Verbandsgemeinde Vorharz, dankt dem Präsidenten für die Einführung in die aktuelle Thematik. Sie stellt fest, dass Alle vor Ort viel zu leisten hätten und dies nicht leichter werde. Sie freue sich, dass der Landesentwicklungsplan neu aufgestellt werden soll, erinnert jedoch daran, dass die Kommunen bereits die integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte erarbeiten mussten, die Voraussetzung für viele Vorhaben gewesen seien. Dies sei teilweise auch schwierig gewesen und die Personalsituation in den Kommunen habe sich nicht verbessert.

Frau Pesselt spricht die von der Landesgeschäftsstelle von den Mitgliedern erbetenen Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen an. Oft gebe es von der Landesgeschäftsstelle die Aussage, dass die Hinweise und Anregungen des Verbandes von der Landesregierung nicht berücksichtigt worden seien. Dies sei nicht akzeptabel. Hier müsse sich etwas ändern.

Frau Ministerin Dr. Hüskens antwortet, dass es schwer sei, immer alle Hinweise und Anregungen aufzunehmen. Dies lasse sich nicht immer verwirklichen. Sie sehe aber auch, dass vor Ort ein großes Expertenwissen vorhanden sei und auch über Gespräche mit Bürgern, Unternehmen und Landwirten gute Ideen unterbreitet würden. Diese Vorschläge sollten bei der Neuaufstellung des LEP mit geprüft werden. Die zweimalige Anhörung der Kommunen im Vorfeld der Landtagsanhörung zum neuen Landesentwicklungsplan zeige, dass auf die Meinung des SGSA großen Wert gelegt werde.

Herr Erster Vizepräsident Bürgermeister Loeffke, Stadt Ilsenburg (Harz), fragt, ob die Landkreise die Entscheidungen für die nach dem so genannten „Habeckschen Osterpaket“ Schaffung von Standorten für Windenergieanlagen auf zwei Prozent der Fläche im Land treffen sollen.

Frau Ministerin Dr. Hüskens antwortet, dass die Grundstruktur dafür auf Landesebene erarbeitet werde und die Umsetzung über die Regionalen Planungsgemeinschaften erfolgen solle.

Des Weiteren fragt Herr Loeffke, ob der neue Landesentwicklungsplan vorsehe, die starre Grenze von 800 m² der Größe von Einkaufsmärkten in kleineren Orten zu ändern.

Frau Ministerin Dr. Hüskens erklärt, dass die Problematik der Einkaufsmärkte im LEP bei den zentralen Orten behandelt werde. Dabei sei auch zu unterscheiden zwischen Orten, bei

denen enorme Strecken zum nächsten Einkaufsmarkt zurückzulegen seien und Orten, die sich im Umfeld von größeren Städten befänden. Es werde nach Lösungen gesucht.

Herr Präsident Dittmann berichtet von dem in den zurückliegenden Wochen auch vor Gericht ausgetragenen Disput zwischen Gemeinden und dem Land Sachsen-Anhalt zur finanziellen Auskömmlichkeit der Finanzmittel nach dem Wegfall der Straßenausbaubeiträge. Es musste zur Kenntnis genommen werden, dass die Finanzmittel nach Auffassung des Landesverfassungsgerichtes auskömmlich seien. Diese Entscheidung habe mit der Formulierung des Konnexitátpassus in der Landesverfassung zu tun. Hier gebe es erheblichen Diskussionsbedarf.

Herr Präsident Dittmann sagt, dass aufgrund des dünn besiedelten ländlichen Raumes in Sachsen-Anhalt nicht die Einwohnerzahl als Kostenrelation, sondern die Fläche Maßstab sein sollte. Es komme darauf an, bei der anstehenden Evaluierung des FAG die Finanzmasse für die Kommunen auskömmlich zu gestalten. Der Versuch Landkreistag und SGSA zum Beispiel bei der Binnenverteilung innerhalb der Gemeindegruppen im SGSA gegeneinander in Position zu bringen, um von der Auskömmlichkeit bei der Gesamtausstattung mit Finanzmitteln abzulenken, werde mit Blick auf die Aufgaben, die alle gemeinsam zu stemmen hätten, nicht funktionieren. Die Zusammenarbeit zwischen dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindebund sei gut.

Herr Oberbürgermeister Papke, Stadt Weißenfels, berichtet, dass der Arbeitskreis Große kreisangehörige Städte kürzlich in Salzwedel getagt habe und über die Verabschiedung einer „Salzwedler Erklärung“ beraten habe. Die Erklärung solle als gemeinschaftlicher Schulterschluss der in der Demokratie stehenden Politiker und Verantwortlichen ein Zeichen für den Mittelstand setzen. Die Bürgermeister befänden sich bei der Energiepreispolitik in einer Ohnmacht. Bei dem Versuch, den Bürgern die Situation zu erklären, käme man an die Grenze der Sprache. Die Art und Weise, wie die Bundesregierung bei der Energiepreispolitik agiere, könne nicht akzeptiert werden. Mit der Erklärung solle ein Zeichen gesetzt werden, dass der Bundesregierung zeige, dass die Kommunen nicht zufrieden seien mit der Energiepreispolitik. Er bittet darum, dies auch im Präsidium des Verbandes zu behandeln und einen Vorschlag zu unterbreiten.

Herr Oberbürgermeister Papke dankt Herrn Präsident Dittmann für seine Antrittsrede, mit der er den Bürgermeistern aus dem Herzen gesprochen habe. Er habe die Dinge benannt, die die Bürgermeister im Alltag beschäftigten. Die Rede habe gutgetan.

Herr Präsident Dittmann bestätigt, dass in der Sitzung des Arbeitskreises Große kreisangehörige Städte der Vorschlag diskutiert wurde, eine „Salzwedler/Zerbster Erklärung“ zu verabschieden. Das Präsidium werde sich damit befassen und diese Erklärung auf den Weg bringen. Die Erklärung solle eine klare Positionierung beinhalten, dass die Kommunen sich den Problemen der Bürgerinnen und Bürger aber auch der Unternehmen bewusst seien und sich diesen stellen werde. Es werde nicht zugelassen, dass das demokratische Grundprinzip unseres Landes in Frage gestellt werde und, dass Bürger gegeneinander und auch öffentliche Interessen gegeneinander in Position gebracht werden. Die Verantwortung, diese Aufgabe zu stemmen, würden alle gemeinsam übernehmen.

Zu TOP 7 - Fazit und Schlusswort
Präsidentin/Präsident des SGSA

Herr Präsident Dittmann dankt den Mitgliedern des Verbandes sowie den Gästen für die Teilnahme an der 16. Mitgliederversammlung. Er dankt Frau Ministerin Dr. Hüskens für ihr Referat und die Einladung zum Disput zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes.

Herr Präsident Dittmann bittet die Mitglieder, der Landesgeschäftsstelle - soweit erbeten - Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen weiterhin zuzuarbeiten.

Er wünscht Allen für die anstehenden Aufgaben Kraft.

Die Mitgliederversammlung endet um 14:47 Uhr.

Andreas Dittmann
Präsident

Bernward Küper
Landesgeschäftsführer

Silvia Herzog
Protokollführerin